

## Berichte

### Verein für Sozialpolitik — Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften

Am 16. September 1948 ist auf der zweiten wirtschaftswissenschaftlichen Fachtagung nach Kriegsende in Marburg der „Verein für Sozialpolitik — Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften“ gegründet worden.

Bei allen denjenigen, die Nutzen und Wert der Zusammenkünfte der Fachkollegen auf den in regelmäßiger Wiederkehr veranstalteten Tagungen des „Vereins für Sozialpolitik“ erfahren hatten, war der Wunsch nach Wiederaufnahme solcher fachwissenschaftlichen Konferenzen, die infolge der politischen Ereignisse in Deutschland seit 1933 unmöglich geworden waren, sehr bald nach dem für Deutschland so folgenschweren Ende der politischen Bankerottere, zu deren Opfern auch der „Verein für Sozialpolitik“ und so manches seiner Mitglieder persönlich gehört hatten, lebendig geworden. Es zeigte sich bald, daß das Verlangen nach wissenschaftlichen Tagungen auch bei denen groß war, die den „Verein für Sozialpolitik“ nur aus der Geschichte ihres Faches und aus seinem umfangreichen und bedeutenden literarischen Erbe kannten.

Den entscheidenden Anstoß, das, was überall als immer dringlicheres Bedürfnis empfunden wurde, zu verwirklichen, gaben Besprechungen kleinerer Kreise von Fachkollegen, die im Herbst 1946 in Göttingen aus Anlaß einer Fakultätenkonferenz und im Sommer 1947 in Rothenburg ob der Tauber gelegentlich der ersten Nachkriegs-Studienkonferenz der Deutschen Reichsbahn stattfanden. Der in Rothenburg zusammengetroffene Kreis ließ es nicht bei bloßen Erwägungen bewenden, sondern beschloß, die Vorbereitung einer Volkswirtschaftstagung noch im Herbst des gleichen Jahres in die Wege zu leiten. Da sich die Tagungsbedingungen bei der Reichsbahn-Studienkonferenz in Rothenburg als recht günstig erwiesen, wurden mit der Stadtverwaltung sogleich an Ort und Stelle Vereinbarungen über den Tagungstermin, die Unterbringung der Tagungsteilnehmer u. dgl. getroffen<sup>1</sup>.

---

<sup>1</sup> Näheres in dem in Kürze erscheinenden Bericht über die Marburger Tagung am 15. und 16. September 1948 (Verlag Duncker & Humblot).

Wer an diesen ersten kleineren Zusammenkünften teilgenommen hat, wird sich erinnern, daß, ohne daß viel darüber gesprochen wurde, von den meisten an die Erneuerung des „Vereins für Sozialpolitik“ gedacht wurde. Das hatte wohl deshalb nahegelegen, weil dieser sich, wie allgemein bekannt, längst zu der allgemeinen fachwissenschaftlichen Vereinigung der Nationalökonomen entwickelt hatte, wie sie sich auch die anderen an den Hochschulen vertretenen Wissenschaften aus dem Bedürfnis nach gelegentlicher persönlicher Fühlungnahme und nach wissenschaftlichem Gedankenaustausch geschaffen hatten. Ein glücklicherweise in wissenschaftlichen Kreisen auch in politisch turbulenten Zeiten wachgebliebenes Traditionsbewußtsein hat sicherlich auch dazu mitgewirkt, daß ohne viel Reflektionen mindestens eine Anknüpfung an den „Verein für Sozialpolitik“ als der gegebene Weg zu dem erstrebten Ziel angesehen wurde. Waren doch über den ohne Zweifel großen Leistungen des Vereins die gelegentlichen Krisen, die er durchgemacht hatte, und die durch sie und die besondere Situation, der er sich nach seiner letzten – der Dresdener – Tagung (1932) und nach der Machtergreifung des Nationalsozialismus ausgesetzt sah, bedingten überskeptischen Betrachtungen Sombarts in Vergessenheit geraten oder mindestens in den Hintergrund getreten. Das war offenbar auch die Meinung der fast 50 Personen, in der überragenden Mehrzahl volkswirtschaftliche Hochschullehrer, die auf der Tagung in Rothenburg im Herbst 1947 den Beschluß zur Neugründung des „Vereins für Sozialpolitik“ faßten, wobei es gerade auch einige Vertreter der jüngeren Generation waren, die sich nachdrücklich hierfür aussprachen.

Sehr bald wurden dann freilich gewichtige Stimmen laut, welche die Erneuerung des „Vereins für Sozialpolitik“ für keinen sehr glücklichen Gedanken hielten. Dieser verdankte, wie jedem Kenner seiner Geschichte vertraut ist, seine Entstehung einem bestimmten Programm, der von den „Kathedersozialisten“ wissenschaftlich gewonnenen und in der Öffentlichkeit politisch vertretenen Erkenntnis, daß es notwendig sei, in Abkehr von der vorherrschenden liberalen Orientierung den sozialen Forderungen der zu einer neuen Macht im öffentlichen Leben herangewachsenen Arbeiterschaft in der Gesetzgebung im allgemeinen und in den wirtschafts- und sozialpolitischen Regierungs- und Verwaltungsmaßnahmen im besonderen Rechnung zu tragen. Wer diesen durchaus zeitbedingten Ausgangspunkt der Entstehung des „Vereins für Sozialpolitik“ im Auge hatte, war ganz gewiß berechtigt, den Einwand zu erheben, daß Bedürfnis und Wunsch nach Schaffung einer wissenschaftlichen Fachvereinigung der Sozial- und Wirtschaftswissenschaftler nach Deutschlands Zusammenbruch nach dem zweiten Weltkriege mit solchen Erwägungen und Zielen, deren Anerkennung sich längst in vollem Maße durchgesetzt hatte, nichts zu tun hatte. Was man

wollte und erstrebte, war sowohl in den Göttinger als auch in den Rothenburger Vorbesprechungen ganz klar zum Ausdruck gelangt. Es war im wesentlichen zweierlei: Einmal das Bedürfnis nach persönlicher Fühlungnahme der Fachkollegen und nach Gedankenaustausch über die wissenschaftlichen Fachprobleme und andere Fach-, darunter besonders Studienfragen; sodann die immer dringlicher empfundene Notwendigkeit, die schwierigen und schicksalsschweren Fragen gemeinsam zu erörtern, die durch die bedrohliche wirtschaftliche Lage Deutschlands nach dem Zusammenbruch aufgeworfen waren. Hierzu bedurfte es gewiß nur einfach der Einberufung einer fachwissenschaftlichen Konferenz und gegebenen Falles der Gründung einer fachwissenschaftlichen Vereinigung, die man dann je nach Geschmack und Zweckmäßigkeitsgründen so oder anders nennen konnte.

Über solche subtilen Fragen hatten sich diejenigen nicht allzu viele Gedanken gemacht, die — manchen Kollegen, deren Stimme im Kollegenkreise besonderes Gewicht besitzt, überhaupt viel zu früh — aus dem Gefühl heraus, daß angesichts der alle bisher bekannten Vorstellungen weit übertreffenden wirtschaftlichen und sozialen Nöte und angesichts der unausweichlichen Notwendigkeit, Auswege aus ihnen zu finden, „das Fach“, also die Vertreter der Wirtschaftswissenschaft als geschlossene Körperschaft, nicht länger schweigen durfte, die Initiative ergriffen hatten.

Daß sie damit allerdings eine — übrigens gern getragene — schwere Verantwortung auf sich genommen hatten, sollte die Tagung, die im Herbst 1947 (27. bis 29. September) als Ergebnis ihrer Bemühungen in Rothenburg ob der Tauber zustande kam, erweisen. Für die Vorbereitung standen knapp drei Monate zur Verfügung. Das war unter den damals noch sehr gestörten allgemeinen wirtschaftlichen und speziell verkehrsmäßigen Verhältnissen schon für die bloß technische Vorbereitung — die nur durch die aufopferungsvolle Mitarbeit Dr. Schachtschabels und Dr. Grunaus (beide in Marburg) erfolgreich durchgeführt werden konnte — reichlich wenig Zeit. Jedem Einsichtigen mußte aber klar sein, daß eine umfassende wissenschaftliche Vorbereitung, durch die allein der Erfolg der Tagungen des „Vereins für Sozialpolitik“ ermöglicht worden war, in so kurzer Zeit ein Ding der Unmöglichkeit war. Die entscheidende wirtschaftliche Frage war damals die nach der Gestaltung der deutschen Geld- und Währungsverhältnisse. Sie sollte in Rothenburg zum Gegenstand der wissenschaftlichen Aussprache gemacht werden. Eine auf der Vorarbeit eines Kreises von Fachspezialisten unter Berücksichtigung der verschiedenen Richtungen und Grundauffassungen beruhende wissenschaftliche Vorbereitung, die das Problem von allen Seiten, insbesondere vom allgemein-wirtschaftlichen und sozialen Gesichtspunkt, beleuchtete, war schlechterdings nicht mög-

lich. So mußte es dankbar begrüßt werden, daß sich der inzwischen leider allzu früh verstorbene Kollege Adolf Lampe bereit erklärte, der geplanten Währungsdiskussion durch Redigierung und Versendung von Grundsätzen zur Währungsfrage einen festen Ausgangspunkt zu geben, die als Ergebnis mehrjähriger Beratungen eines kleinen Kreises von Fachkollegen, der sich im Verlaufe des Krieges unter dem Vorsitz Erwin v. Beckeraths in Freiburg i. Br. zusammengefunden hatte, entwickelt worden waren. Es ist nicht weiter verwunderlich, daß die Gegensätze der Meinungen, die selbstverständlich in einer so schwierigen Frage bestehen und die bei einer langen und gründlichen Vorbereitung in den schriftlich vorgelegten Unterlagen zum Ausdruck und Austrag gelangen, angesichts der in diesem Falle naturgemäß einseitig ausgerichteten Vorarbeiten auf der ersten größeren Kollegenzusammenkunft auf der Tagung selbst im wahrsten Sinne des Wortes aufeinanderplatzten und in keiner Weise zum Ausgleich, und wenn auch nur in dem Sinne der Bereitschaft, sich gegenseitig zu verstehen, gebracht werden konnten.

Das schien ein böses Vorzeichen für die Verwirklichung des Planes zu sein, eine wissenschaftliche Fachvereinigung ins Leben zu rufen. Eine zu Herzen gehende, in Lebenserfahrung und Altersweisheit wurzelnde, von Humor gewürzte Ansprache des Kollegen v. Zwiedineck hat es aber am Abend dieses heißen wissenschaftlichen Kampftages vermocht, durch den Appell an die echter Wissenschaft allein würdige Toleranz die Atmosphäre zu schaffen, in der sich alle bei der Abend-sitzung des 27. Septembers Anwesenden in dem Entschluß zusammenfanden, den allgemein geteilten Wunsch nach fachwissenschaftlichem Zusammenschluß durch Wiederbegründung des „Vereins für Sozialpolitik“ zu erfüllen. Der Verfasser dieser Zeilen wurde damit beauftragt, die erforderlichen Schritte zu unternehmen, um diesem Beschluß die formale Durchführung folgen zu lassen.

In Erfüllung dieses Auftrages wurde zum 8. April 1948 ein Ausschuß in das Gästehaus der Stadt Frankfurt in Schönberg im Taunus einberufen, der auf Grund eines vorgelegten Entwurfes Beschluß über die der ersten Mitgliederversammlung zu unterbreitenden Satzung faßte und einen vorläufigen dreiköpfigen Vorstand wählte. Die endgültige Entscheidung über den Namen der Vereinigung, über den keine Einigung erzielt werden konnte, wurde der demnächst einzu-berufenden Mitgliederversammlung vorbehalten, der Vorstand aber ermächtigt, die Vereinigung vorerst als „Verein für Sozialpolitik“ anzumelden. Die Genehmigung der Vereinsgründung erfolgte durch Beschluß des Kulturausschusses der Stadt Marburg/Lahn vom 16. Juli 1948. Die erste am 16. September 1948 in Marburg/Lahn veranstaltete Mitgliederversammlung billigte die ihr vorgelegte Satzung mit einigen



Abänderungen. Sie entschied sich dafür, der Vereinigung den Namen „Verein für Sozialpolitik — Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften“ zu geben.

Man mag — besonders angesichts der ungeklärten politischen Verhältnisse, vor allem der bedauerlichen, durch die militärische Besetzung Deutschlands bedingten Aufteilung in Zonen und der unglücklichen west-östlichen Aufspaltung Deutschlands — über die richtige Wahl des Zeitpunktes der Vereinsgründung verschiedener Meinung sein; daß die Wiederherstellung eines engeren Kontaktes zwischen den Hochschulvertretern der Sozial- und Wirtschaftswissenschaften, wobei auf eine möglichst enge Verbindung von Volks- und Betriebswirten um dieser beiden Teildisziplinen willen besonderer Wert gelegt wird, und daß die durch die Vereinsgründung geschaffene Möglichkeit der Abhaltung wissenschaftlicher Tagungen in bestimmten Zeitabständen (nach der Satzung alle zwei Jahre) und damit der Aussprache über die wissenschaftlichen Probleme des Faches sowie über sonstige Fach-, Studien- und Berufsfragen und der Durchführung gemeinsamer Untersuchungen und der Erörterung spezieller Fachfragen in besonderen Ausschüssen (deren sechs auf der Marburger Mitgliederversammlung gebildet wurden) einen Gewinn für die gesamte Fachkollengenschaft bedeutet, dürfte kaum irgendwelchen Zweifeln unterliegen.

In der gewählten Bezeichnung der neuen Vereinigung als „Verein für Sozialpolitik — Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften“ kommt der Zwiespalt der Meinungen, der seit den ersten Erörterungen über die Frage der Vereinsgründung immer stärker hervorgetreten war, ob man Altes erneuern oder etwas ganz Neues schaffen solle, zum Ausdruck. Ich möchte diejenigen, die in den kritischen Tagen des „Vereins für Sozialpolitik“ an den Geschehnissen aktiv Anteil hatten, daran erinnern, daß es die damals jüngere Generation — wirksam allerdings unterstützt von so hervorragenden Vertretern der älteren Generation wie Sering und v. Zwiedineck — war, die sich dem beinahe an Nihilismus grenzenden Skeptizismus Sombarts hinsichtlich der Frage, ob sich der so viele Jahrzehnte bewährte Verein den neuen politischen Kräften gegenüber behaupten oder kampfflos die Waffen strecken sollte, entgegenstellte und sich mit dem Willen zur Behauptung des Bewährten durchsetzte. Warum nicht auch jetzt das stets entwicklungsbedürftige Alte — ob es auch entwicklungsfähig sein wird, hängt von Gestaltungswillen und -kraft der Menschen, die es angeht, ab — in der Form, die es schließlich angenommen hat, übernehmen und es den neuen Forderungen einer veränderten Zeit anpassen? Das Arbeitsgebiet, die Aufgabenstellung der neuen Vereinigung entspricht derjenigen des „Vereins für Sozialpolitik“ in der Zeit, in der aus poli-

tischen Gründen seine Auflösung beschlossen werden mußte, weitgehend. Es scheint mir gut zu sein, daß dieser innere Zusammenhang nun doch in dem ersten Teil des Vereinsnamens zum Ausdruck kommt; ich begrüße es, daß damit dem in deutschen Landen nicht allzu stark ausgeprägten Traditionsbewußtsein Tribut gezollt ist. Daß sich das Arbeitsgebiet der Vereinigung nicht, wie ja auch nur im ersten Jahrzehnt des Daseins des alten „Vereins für Sozialpolitik“, auf die Sozialpolitik beschränkt, ist in dem anderen Teil des Vereinsnamens unzweideutig ausgesprochen. Doch schließlich wird nicht der Name des Vereins, sondern das, was er seinen Mitgliedern, der Wissenschaft und zum Wohle der Allgemeinheit leistet, darüber entscheiden, ob die, die sich um den erneuten fachwissenschaftlichen Zusammenschluß der deutschen Nationalökonomien bemüht haben, das Richtige getroffen haben oder nicht.

Die Satzung des „Vereins für Sozialpolitik – Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften“ sieht auch, wie früher diejenige des „Vereins für Sozialpolitik“, die Mitgliedschaft von Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens und von Körperschaften vor, die gewillt und geeignet sind, an der wissenschaftlichen Erörterung sozial- und wirtschaftswissenschaftlicher und -politischer Fragen teilzunehmen. Während bei der Gründung des „Vereins für Sozialpolitik“ Anfang der 70er Jahre die Zahl der Männer des öffentlichen Lebens und der Praxis weit überwog, die Hochschullehrer in der Minderzahl waren, ist die Gründung der neuen Vereinigung zunächst fast ausschließlich Sache der wirtschaftswissenschaftlichen Hochschullehrer gewesen. Darin kommt zum Ausdruck, daß es sich in erster Linie um die Erfüllung des Wunsches nach einer wissenschaftlichen Fachvereinigung gehandelt hat, zu der sich bekanntlich auch der „Verein für Sozialpolitik“ immer mehr entwickelt hatte, und zwar unter Aufgabe seiner ursprünglichen Beschränkung auf das engere Gebiet der Sozialpolitik, die nun auch künftig nur einen der Gegenstände der Vereinstätigkeit im Rahmen der Gesamtheit der Sozial- und Wirtschaftswissenschaften bildet und weiterhin bilden wird. Aber auch der jetzt neu ins Leben gerufene Verein würde die Teilnahme wissenschaftlich interessierter Praktiker an der Erfüllung seiner Aufgaben als eine wertvolle Bereicherung betrachten und es lebhaft begrüßen, wenn sein Mitgliederkreis im Laufe der Zeit Ausdruck einer fruchtbaren Verbindung von Wissenschaft und wissenschaftlich interessierter Praxis würde. Ob und in welcher Weise dieser Wunsch in Erfüllung geht, obwohl die Grundausrichtung des Vereins nicht, wie ursprünglich diejenige des „Vereins für Sozialpolitik“, eine sozial-(und wirtschafts-)politische, sondern eine wirtschaftswissenschaftliche ist, muß die Zukunft lehren. Es wird ganz wesentlich von dem Leben, das der Verein

zu entwickeln wissen, von den Leistungen, mit denen er an die Öffentlichkeit treten wird, abhängen, wie stark der Anreiz für die wissenschaftlich interessierten Praktiker sein wird, an seinen Arbeiten und an seinen Tagungen und Aussprachen teilzunehmen trotz der vielen Möglichkeiten, die sich in Gestalt von teils allgemein-wirtschaftlichen, teils speziell-fachlichen Gesellschaften (wie etwa der Wirtschaftspolitischen Gesellschaft von 1947 in Frankfurt) und von Verbänden aller Art für sozial- und wirtschaftspolitische Erörterungen bieten.

Der neue Verein hat auch diejenigen Aufgaben in seinen Tätigkeitsbereich einbezogen, für deren Bearbeitung früher in der „Vereinigung der sozial- und wirtschaftswissenschaftlichen Hochschullehrer“ eine gesonderte Organisation bestanden hatte: die Fragen der Gestaltung des wirtschaftswissenschaftlichen Hochschulstudiums und Prüfungswesens und die der Vertretung der Berufsinteressen der akademischen Lehrer des Gesamtfaches. Das geschah, weil es als zweckmäßig angesehen wurde, zunächst noch eine Mehrzahl von Fachorganisationen zu vermeiden, weil auf der anderen Seite aber die Erörterung und Klärung einer Reihe wichtiger Fragen der hierher gehörigen Art keinen allzu langen Aufschub vertrug. Nutzen und Erfolg der Betätigung auf diesem für die meisten weniger reizvollen Arbeitsfelde wird davon abhängen, daß sich unter den ein Hochschulamt bekleidenden möglichst jüngeren Vereinsmitgliedern solche finden, die bereit sind, sich dieser ohne Zweifel auch im Interesse der Wissenschaft und ihrer lehrmäßigen Wirkung höchst wichtigen Aufgaben solange mit dem erforderlichen Nachdruck anzunehmen, bis hierfür vielleicht einmal wieder ein Sonderträger geschaffen ist, der sich ausschließlich diesen Fragen widmet.

Die in der Vereinssatzung schließlich vorgesehene Pflege der Beziehungen zur Fachwissenschaft des Auslandes, die sich in den vergangenen Jahren erheblich gelockert hatten, sofern sie nicht unter dem Einfluß der politischen Lage gänzlich abgebrochen waren, ist eine Aufgabe von größter Wichtigkeit, deren erfolgreiche Lösung aber ohne die Bereitschaft der Fachkollegenschaft jenseits der deutschen Grenzen zur Wiederaufnahme des früher so selbstverständlichen und fruchtbaren wissenschaftlichen Gedankenaustausches nicht möglich ist. Einen erfolgverheißenden Anfang hierzu dürfen wir in dem freundlichen Interesse einer Reihe Schweizer Kollegen an der Gründung unserer neuen Vereinigung und ihrer ersten wissenschaftlichen Tagung im vorigen Herbst erblicken und ihnen auch an dieser Stelle unseren Dank zum Ausdruck bringen.

Der „Verein für Sozialpolitik — Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften“ ist nicht mit einem die Geister aufrüttelnden Programm, wie einst sein Vorläufer, ins Leben getreten. Das lag in

den Verhältnissen der Zeit begründet, die nicht dazu angetan sind, mit großen Worten und pathetischen Gesten an die harte Arbeit zu gehen, die vor uns liegt und zu der wir entschlossen sind. Hierin liegt es auch wohl begründet, daß vorerst die Initiative wie die mühselige Kleinarbeit auf ausgesprochenen Wunsch der jüngeren den Vertretern der älteren Generation überlassen wurde. Die neue Zeit stellt aber auch der Wirtschaftswissenschaft neue Aufgaben. Mit ihrer Ergreifung wird sich klären, welche Grundrichtung die Vereinstätigkeit nehmen wird, ob der neue Verein mehr sein wird, als ein bloßer organisatorischer Zusammenschluß der Wirtschaftswissenschaftler und weiterer wirtschaftswissenschaftlich interessierter Kreise, ob er berufen ist, durch sein Wirken im Geiste echter Wissenschaftlichkeit auf das soziale und wirtschaftliche Geschehen richtungweisend Einfluß zu gewinnen. Und das wird von dem Geist und dem Tatwillen der Jugend des Faches und ihrer Bereitschaft abhängen, dem Verein ihr Können und ihre Kraft für die Erfüllung solcher Aufgaben zur Verfügung zu stellen, die über die Verfolgung der persönlichen wissenschaftlichen Interessen jedes einzelnen die Zusammenarbeit aller erfordert. An der Jugend des Faches, der so bald wie möglich die Führung der Vereinigung gebührt, wird es sein, zu erweisen, daß das Erbe des „Vereins für Sozialpolitik“ in gute Hände übergegangen ist.

Gerhard Albrecht, Marburg/Lahn.